

2023
August

foraus

Forum Aussenpolitik
Forum de politique étrangère
Forum di politica estera
Swiss Forum on Foreign Policy



Aussenpolitik- Briefing

Europa

Idris Abdelkhalek & Franziska Vogel

Autor:innen

Idris Abdelkhalek

Idris Abdelkhalek studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Fribourg, Bern und am Collège d'Europe in Brügge. Gegenwärtig ist er Doktorand der Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg. Idris ist ebenfalls zugelassener Rechtsanwalt.

Franziska Vogel

Franziska besitzt einen Bachelor in Internationalen Beziehungen der Universität Genf und hat zwei Master-Abschlüsse in Politikwissenschaft von der ETH Zürich und dem College of Europe in Brügge. Sie hat im Büro Brüssel von *economiesuisse* gearbeitet und einen vertieften Einblick in die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz in Europa erhalten. Durch ihre Arbeit im EFTA-Sekretariat kennt sie die Funktionsweise des EWR von innen. Seit 2019 ist sie Co-Leiterin des Programms Europa bei *foraus*. Sie interessiert sich besonders für die Schweiz-EU-Beziehungen, EU-Wirtschaftspolitik und EU-Aussenbeziehungen.

Europa¹

Idris Abdelkhalek & Franziska Vogel

Executive Summary

- Mit offener strategischer Autonomie und der Verabschiedung des Green Deals ist der EU-Binnenmarkt im Wandel.
- Einerseits will die EU in strategisch wichtigen Bereichen unabhängig von Russland, China und den USA handeln können (Stichwort: Das Europäische Chip-Gesetz).
- Andererseits verlangt der Green Deal von den Unternehmen, die Einhaltung von Umweltvorschriften in ihre komplette Wertschöpfungskette zu integrieren (Stichwort: Gesetzesinitiative für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen).
- Dieser Wandel wird Auswirkungen auf den Schweizer Wirtschaftsstandort und die Versorgungssicherheit haben.

¹ Diese Publikation ist Teil der Serie "Aussenpolitik-Briefings" von foraus, welche im August 2023 erschienen ist. Alle Briefings sind einsehbar unter foraus.ch/publikationen.

Rückblick

Unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die EU eine Wende in ihrer Industriepolitik vollzogen. Herzstück ist der [Europäische Green Deal](#). Die EU reagiert auf die Handelspolitik der USA und Chinas mit der Strategie der [offenen strategischen Autonomie](#). Konkret erwägt die EU immer mehr Subventionen und auch protektionistische Massnahmen (siehe Briefing “Investitionen”).

Eine stabile, enge Beziehung zur EU ist die Grundvoraussetzung für eine längerfristige Beteiligung der Schweiz am EU-Binnenmarkt und eine Zusammenarbeit in der Versorgungssicherheit. Dies wurde auch vom Bundesrat in der [Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz-E](#) vom Juni 2023, in Erfüllung von zehn parlamentarischen Vorstössen, festgehalten. Doch die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU erodieren und die verstärkte Zusammenarbeit ist weitgehend blockiert. Fortschritt ist abhängig von der Klärung der institutionellen Fragen mit der EU. Damit bleibt ein Hauptziel der [Aussenpolitischen Strategie 2020-2023](#) und eine Priorität der [Legislaturplanung 2019-2023](#) unerfüllt. Der Bundesrat hat die Eckwerte für neue Verhandlungen im Juni 2023 verabschiedet. Ein Verhandlungsmandat soll im Herbst 2023 vorbereitet werden.

Die Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben globale Abhängigkeiten aufgezeigt. Die Schweiz hat bereits Erfahrungen mit politisch motivierten Unterbrechungen in der Lieferkette: Die Schweizer Stahlindustrie wurde 2019 von EU-Schutzmassnahmen getroffen (siehe Briefing “Handel”). Auch während der Pandemie hatte die Schweiz zwischenzeitlich Mühe, medizinisches Schutzmaterial und einzelne Medikamente zu importieren (siehe Briefing “Globale Gesundheit”).

Trotzdem steht der Bundesrat in seinem [Bericht](#) in Erfüllung

der Motion Häberli-Koller zu essentiellen Gütern vom August 2022 ([20.3268](#)) dem globalen Trend Richtung Subventionierung strategisch wichtiger Industrien skeptisch gegenüber. Im Gegensatz zur EU, den USA und China versteht der Bundesrat in seinem Bericht unter 'essentiellen Gütern' nur lebensnotwendige Güter wie Arzneimittel und Nahrungsmittel und nicht strategisch-notwendige Güter, wie beispielsweise Halbleiter. Zur Sicherstellung der Versorgung mit essentiellen Gütern möchte der Bundesrat unter anderem den EU-Binnenmarktzugang sichern und weiterentwickeln. Dafür braucht es allerdings Lösungen für die institutionellen Fragen mit der EU.

Ausblick

Für die Schweiz ist der Wandel in der EU-Politik aus zwei Gründen genau und kritisch zu beobachten.

Erstens könnte die Industrieförderung für die EU einen Standortvorteil gegenüber der Schweiz schaffen. Beispielsweise mobilisiert das [EU Chip-Gesetz](#) 43 Mrd. Euro Investitionen in die europäische Halbleiterindustrie. Im Falle einer Halbleiter-Versorgungskrise müssten subventionierte Firmen EU-Bestellungen priorisieren. Diese Massnahme könnte zur Folge haben, dass die Versorgung für die Schweiz bei Engpässen schwieriger wird. Die EU investiert auch in die Halbleiter-Forschung durch das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Die Schweiz ist zurzeit in der Forschung zu Halbleitern führend. Eine Beteiligung der Schweiz an den Programmen von Horizon Europe wäre deshalb für die EU von starkem Interesse. Die Nicht-Beteiligung schwächt den Schweizer Forschungsstandort und damit die Wirtschaft. Eine Assoziation an Horizon Europe wäre möglich, ist allerdings von Fortschritten in der Lösung der institutionellen Fragen abhängig.

Zweitens wird die 2024 vorgesehene Verabschiedung der [Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen](#) für die Schweiz von zentraler Bedeutung sein. Das bestätigte ein kürzlich

veröffentlichter [Bericht des Bundesamts für Justiz](#). Die aktuelle Schweizer Gesetzgebung orientiert sich an den europäischen Regelungen, die der künftigen Richtlinie zur Sorgfaltspflicht vorausgehen. Diese Gesetzgebung beruht auf dem Prinzip des “comply or explain”. Die neue EU-Richtlinie sieht unter anderem die Einführung einer Unternehmenshaftung für Umweltschäden vor, die im Ausland verursacht werden. Sie wird für Unternehmen gelten, die ihren Sitz in der Schweiz haben, aber im Binnenmarkt tätig sind. Ohne Äquivalenzprinzip zwischen den derzeitigen Schweizer Vorschriften und der künftigen EU-Richtlinie könnte es zu Doppelarbeit und Rechtsunsicherheit für Schweizer Unternehmen kommen. KMU müssen sicherstellen, dass auch ihre Zulieferer die vorgeschriebenen Umweltstandards einhalten. Die EU sieht Unterstützungsmassnahmen für KMU vor. Es ist noch offen, ob und wie die Schweiz ihre KMU ebenfalls unterstützen wird.

Further readings

- Bundesamt für Justiz. (2022), Prüfauftrag des EJPD vom 23. Februar 2022; Analyse Vorschläge EU-Richtlinien über Sorgfaltspflichten und Berichterstattung zur Nachhaltigkeit und möglicher Anpassungsbedarf im Schweizer Recht - Bericht Entwürfe Nachhaltigkeitspflichten EU und geltendes Recht Schweiz.
- Der Bundesrat. (2022). Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern - Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Motion 20.3268 Häberli-Koller vom 4. Mai 2020.
- Der Bundesrat (2023), Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU.

Zitierweise

Cotton, A. (Hg.), Dalbert, F. (Hg.), Eichenauer, V. (Hg.), Farman, D. (Hg.), Jönsson, O. (Hg.), Abdelkhalek, I., Vogel, F. (2023). Aussenpolitik-Briefings. Bern: foraus - Forum Aussenpolitik.

Disclaimer

Das vorliegende Diskussionspapier gibt die persönliche Meinung der Autor:innen wieder und entspricht nicht zwingend derjenigen des Vereins foraus.

Über foraus - Forum Aussenpolitik

foraus ist der partizipative Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik. Als dynamische Grassroots-Community junger Menschen prägen wir die Aussenpolitik, beeinflussen die Art und Weise, wie Aussenpolitik gemacht wird, fördern neue Stimmen und verschaffen ihnen Gehör – innerhalb der Schweiz wie auch international. Wir stehen für evidenzbasierte und qualitativ hochwertige Inhalte mit konstruktiven politischen Handlungsempfehlungen und organisieren Veranstaltungen, die zum Denken anregen. Zudem entwickeln wir innovative Tools für mehr Engagement und Wirkung, mit dem Ziel, globale Herausforderungen anzugehen.

www.foraus.ch

Bern | foraus – Forum Aussenpolitik | Marktgasse 36 | 3011 Bern
office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Impact Hub, Rue de Fendt 1 | 1201
Genève | bureau_romandie@foraus.ch | +41 22 559 96 96

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9

Was sind die grossen aussenpolitischen Herausforderungen der Schweiz, über die unsere Politiker:innen, Entscheidungsträger:innen und relevanten Akteur:innen informiert sein müssen, damit sie in den nächsten vier Jahren die nötigen Entscheide treffen können? 23 foraus-Expert:innen gehen in 14 prägnanten Publikationen dieser Frage nach und untersuchen einerseits, wie das Schweizer Parlament die Aussenpolitik der letzten vier Jahre mitgestaltet hat. Andererseits blicken sie auf anstehende Herausforderungen der Legislatur 2024-2027. Die vorliegende Publikation gehört zu einer 14-teiligen Publikationsreihe.

Die weiteren 13 Briefings
sind hier einsehbar:

